

# Einschränkung der Grundrechte soll jüdisches Leben schützen?

Zur Resolution des Bundestages vom 7.11.2024

*“Nie wieder ist jetzt — Jüdisches Leben in Deutschland schützen,  
bewahren und stärken”*

Referenten: **Wieland Hoban**, Vorsitzender der Jüdischen Stimme für  
einen gerechten Frieden in Nahost, Frankfurt am Main  
**Ahmed Abed**, Vereinigung demokratischer Juristen,  
Berlin

Datum: **24.1.2025**

Uhrzeit: **18:30 Uhr**

Ort: **Haus der Demokratie und Menschenrechte**,  
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin  
S+U Alexanderpl.(Grunertstr.) / M4 Am Friedrichshain

Im Mittelpunkt des Beschlusses des Bundestags steht vor-  
geblich die Bekämpfung des Antisemitismus. Doch nicht um  
ihn geht es in dieser Resolution, sondern um die Kritik an der  
aktuellen Politik Israels, was als *“israelbezogener”* Antisemi-  
tismus definiert wird. Der Widerstand gegen die schweren  
Verletzungen des Völkerrechts in Gaza und im Westjordan-  
land und die Solidarität mit dem palästinensischen Volk soll  
zum Schweigen gebracht werden. Hierzu werden die Einrich-  
tungen des Bundes, der Länder und Kommunen aufgefor-  
dert, Leitfäden zu entwickeln, um den pro-israelischen Konsens  
durchzusetzen und ihre Förderung von Projekten, Orga-  
nisationen, Kulturschaffenden und Hochschulen danach aus-  
zurichten. Darin sehen wir eine Einschränkung der Grund-  
rechte: der Meinungsfreiheit, der Freiheit von Forschung und  
Lehre, der Freiheit von Kunst und Kultur.

Die Resolution beklagt *“Antisemitismus, der auf Zuwanderung aus den Ländern Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens basiert”* und stellt damit diese zugewanderten Menschen unter Generalverdacht.

Auf der Grundlage dieses *“israelbezogenen”* Antisemitismusbegriffs fordert der Bundestagsbeschluss, *“Gesetzeslücken zu schließen und repressive Möglichkeiten konsequent auszuschöpfen ... Dies gilt in besonderem Maße im Strafrecht sowie im Aufenthalts-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrecht, um eine möglichst wirksame Bekämpfung von Antisemitismus zu gewährleisten”*.

Einen solchen Missbrauch des Begriffs Antisemitismus wollen wir als Antifaschist\*innen nicht hinnehmen.

*“Wir müssen die Shoah im Zentrum unserer Verantwortung halten. Aber wer die Shoah benutzt, um anderes Leid zu degradieren, hat ihre wichtigste Lehre nicht verstanden.”*

Charlotte Wiedemann in ihrem Buch *Den Schmerz der Anderen begreifen* (2022). Sie ist Auslandsreporterin und berichtet aus muslimischen Gesellschaften in West- und Ostafrika.

## Veranstalter:



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Verband der Antifaschist\*innen



Den Frieden gewinnen,  
nicht den Krieg

<https://vvn-vda.de>

<https://frieden-gewinnen.de>

Die Veranstalter dulden keine rassistischen, antimuslimischen sowie antisemitischen Äußerungen und werden gegebenenfalls von ihrem Hausrecht Gebrauch machen.